

Aargauer Zeitung, 2.4.2016

# Regierung steht voll hinter Lehrplan 21

Ohne einen Gegenvorschlag lehnt der Regierungsrat die Initiative gegen den Lehrplan 21 im Aargau ab. Die Initianten sind mit Blick auf die Abstimmung am 12. Februar 2017 dennoch optimistisch.

VON FABIAN HÄGLER

Vor zehn Jahren hat das Stimmvolk mit dem Bildungsartikel in der Verfassung einer schweizweiten Schulharmonisierung zugestimmt. Auch im Aargau gab es mit über 81 Prozent ein klares Ja. Ein struktureller Schritt zu diesem Ziel war die Umstellung auf sechs Jahre Primar- und drei Jahre Oberstufe im Aargau. Die inhaltliche Harmonisierung soll mit dem Lehrplan 21 erfolgen, der im Aargau auf das Schuljahr 2020/21 eingeführt werden soll.

Dagegen wehrt sich ein Initiativkomitee, das unter anderem fordert, einen fixen Fächerkatalog im Gesetz festzuschreiben. Über die Initiative wird am 12. Februar 2017 abgestimmt - und der Regierungsrat lehnt sie ohne Gegenvorschlag ab. «Die Initiative löst kein Problem in der Aargauer Volksschule, schafft aber viele neue», sagt Bildungsdirektor Alex Hürzeler (SVP). Er betont, die Initiative verhindere den Lehrplan 21 nicht, «denn dieser bildet nur die Grundlage, auf der wir im neuen Aargauer Lehrplan die spezifischen kantonalen Bedürfnisse anpassen können». Mit einem fixen Fächerkatalog könne der Aargau den bundesrechtlichen Auftrag, das Bildungssystem zwischen den Kantonen zu harmonisieren, aber «nur mit langen Umwegen und viel Aufwand erreichen, ohne dass die Qualität der Schule im Aargau besser wird».

Elfy Roca, Mitglied des Initiativkomitees, sieht dennoch gute Chancen für das Volksbegehren. «Offenbar will die Regierung hier von oben herab etwas durchdrücken, ohne Diskussion in der Bevölkerung, das werden die Leute

nicht goutieren.» Roca sagt, es könne ja nicht die Lösung sein, «im Schulsystem nur auf schwammige Kompetenzen zu setzen, statt klare Fächerkataloge und Lernziele vorzugeben, die jährlich überprüft werden können».

Sie wehrt sich gegen die Kritik des Regierungsrats, es sei falsch, Fächer ins Gesetz zu schreiben. «Wir haben gar keine andere Möglichkeit, die Umsetzung des Lehrplans basiert auf einer Verordnung, dagegen kann man keinen Vorstoss machen und im Grossen Rat auch keine Abstimmung erzwingen.»

Derweil warnt der Bildungsdirektor, mit der Initiative wäre die Vergleichbarkeit von Schulabschlüssen nicht gewährleistet,

teure Aargauer Lehrmittel wären nötig, der Kanton würde für Lehrkräfte unattraktiv und der Schulanchluss für Kinder von Zuzüglern aus anderen Kantonen wäre nicht gesichert. Kurz: Ein Ja zur Initiative würde den Aargau direkt in die bildungspolitische Isolation führen.

Elfy Roca widerspricht vehement: «Das Gegenteil ist der Fall, in der Deutschschweiz gibt es

in 14 Kantonen Opposition gegen den Lehrplan.» Hürzeler räumt dies ein, sagt aber, bei den meisten dieser Initiativen gehe es lediglich darum, wer künftig über den Lehrplan entscheide. «Sie verlangen, dass die Kantonsparlamente zuständig sind und nicht mehr

Regierungs- oder Erziehungsrat.» Ähnlich wie jene im Aargau ist die Initiative in Basel-Land. Diese will laut Hürzeler für die Oberstufe einen fixen Fächerkatalog festlegen. «Auf der Primarstufe wurde der neue kantonale Lehrplan - auf der Basis des Lehrplans 21 - aber auf das laufende Schuljahr bereits in Kraft gesetzt und es wird danach unterrichtet.» Roca sieht dies anders: «Vor gut einer Woche wurde im Landrat von Basel-Land ein Vorstoss für ein Gesetz überwiesen, das

die Abkehr von der Orientierung an Kompetenzen hin zur klaren Beschreibung von Lerninhalten fordert. Das hiesse natürlich, dass der Lehrplan 21 auch auf der Primarstufe nicht weiter eingeführt werden könnte.»



**«Die Initiative löst kein Problem in der Schule, sie schafft aber viele neue.»**

Alex Hürzeler Bildungsdirektor



**«Offenbar will die Regierung hier von oben herab etwas durchdrücken.»**

Elfy Roca Initiativkomitee  
«Nein zum Lehrplan 21»